

NEUE REGIERUNG ODER NEUES SYSTEM?

DER MAROKKANISCHE SONDERWEG

Helmut Reifeld

Vieles hat sich in den vergangenen Monaten in Marokko politisch verändert, und viele dieser Veränderungen werden die weitere Entwicklung des Landes nachhaltig prägen. Zwischen Arabischem Frühling und Jahrhunderte alten Machtstrukturen sucht das Land einen Weg ins 21. Jahrhundert, der von Offenheit, gesellschaftlicher Veränderungs- und politischer Reformbereitschaft gekennzeichnet ist.

Kenner der arabischen Politik haben schon oft argumentiert, dass die Monarchien in dieser Region sich von republikanisch legitimierten Machthabern dadurch nachhaltig unterscheiden, dass sie in der Bevölkerung noch immer großes Ansehen und Anerkennung genießen. Sie verstehen es in der Regel, sich diesen Respekt auch dadurch zu erhalten, dass sie aufkeimender Unruhe und wachsenden Protesten frühzeitig begegnen, sei es durch materielle Vergünstigungen, sei es durch vorsichtige politische Reformen. Die Grenze zwischen oberflächlicher Beschwichtigung und wirklicher Einsicht bleibt dabei fließend. Gar nicht zu übersehen ist freilich, dass spätestens seit Beginn des Arabischen Frühlings kein anderer arabischer Herrscher so viel politisches Entgegenkommen gezeigt hat wie Mohammed VI. von Marokko.

DIE PARLAMENTSWAHLEN IM NOVEMBER

Der marokkanische König reagierte nicht nur, sondern ergriff präventive Maßnahmen. Insbesondere am Beginn der Verfassungsreform leitete er Schritte ein, bevor diese mit dem Druck der Straße gefordert wurden. Und er blieb seinem eingeschlagenen Kurs treu. Die neue, am 9. März



Dr. Helmut Reifeld ist
Auslandsmitarbeiter
der Konrad-Adenauer-
Stiftung in Marokko.

angekündigte und am 1. Juli 2011 per Referendum in Kraft getretene Verfassung respektiert die kulturelle Pluralität des Landes und die Legitimität einer aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen Regierung. Sie reduziert die Prerogative des Königs im Wesentlichen auf die drei Kernbereiche Religion, Sicherheit und strategisch politische Richtungsentscheidungen. Was diese Veränderungen schließlich konkret bedeuten würden, war eine der wichtigsten Fragen, von denen die auf den 25. November vorgezogenen Neuwahlen der ersten Kammer des Parlaments und die anschließende Regierungsbildung geprägt waren: Würde der König wirklich maßgebliche politische Machtbefugnisse abgeben? Würden die politischen Parteien in jedem Fall bereit sein, veränderte demokratische Spielregeln zu akzeptieren? Und würden vor allem die islamistischen Parteien und Gruppierungen verantwortungsbewusst mit ihrer neuen Macht umgehen?

Ohne Zweifel gab es im Vorfeld der Wahlen berechtigte Kritik. Nur 13,5 der ca. 20 Millionen Wahlberechtigten waren registriert. Marokkaner, die im Ausland lebten, in der

Es war der friedlichste Wahltag in der Geschichte des Landes. Die chronisch niedrige Wahlbeteiligung erreichte mit 45,4 Prozent einen neuen Höchststand.

Armee oder bei den Ordnungskräften dienten, sowie Gefängnisinsassen durften gar nicht wählen. Gleichzeitig gab es allerdings zum ersten Mal eine gesetzliche Grundlage für Wahlbeobachtung, und die in großem Umfang zugelassenen nationalen wie internationalen Wahlbeobachter stuften die Wahlen allesamt als frei, fair und korrekt ein. Zudem war es der friedlichste Wahltag in der Geschichte des Landes. Sogar die chronisch niedrige Wahlbeteiligung, die schon oft die Legitimität einer Wahl in Frage gestellt hatte, erreichte mit 45,4 Prozent einen neuen Höchststand – und das trotz einer noch immer anzutreffenden Grundhaltung, die dem König fast alles und der Demokratie nur sehr wenig zutraut.

Vor dem Hintergrund der veränderten Verfassungs- und Rahmenbedingungen hatte sich auch strukturell bei dieser um ein Jahr vorgezogenen Neuwahl einiges geändert. Die Zahl der Parlamentssitze war gegenüber der vorangegangenen Legislaturperiode von 325 auf 395 erhöht worden. Diese Zahl setzte sich neben den 305 Direktmandaten aus den neu (und gerechter) zugeschnittenen Wahlkreisen auch aus zwei nationalen Listen zusammen, nämlich einer

mit 60 Sitzen, reserviert für Frauen, und einer mit 30 Sitzen für „junge“ Abgeordnete (unter 40 Jahre). Diesen beiden Listen konnten die Wähler en bloc zustimmen oder sie ablehnen. Dass unter den 30 jungen Kandidaten keine Frau war, zeigt, wie tief die Tradition auch in der jüngeren Generation verwurzelt ist.

Unter diesen Umständen blieb nach dem Abschluss der Auszählung den Wahlverlierern auch kaum noch etwas anderes übrig als – ebenfalls erstmals in der Geschichte des Landes – den Siegern, der erfolgreichen moderat-islamistischen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD), zu gratulieren. Sie war als die mit Abstand stärkste Partei aus diesen Wahlen hervorgegangen. Zwar war ihr Wahlsieg von allen Seiten erwartet worden; völlig offen waren jedoch der Umfang des Erfolgs und die Form, wie das Machtgefüge der etablierten Parteien damit umgehen würde.

Tabelle 1

Zur Wahl stehende Parteien bei den marokkanischen Parlamentswahlen 2011

Große Parteien	Sitze 2011	Sitze 2007	Kurzbeschreibung
PJD	107	46	Die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) wurde 1995 gegründet (damals MPCD). Seit den Parlamentswahlen von 2002 gilt sie als stärkste Oppositionspartei. Der Generalsekretär ist seit 2008 Abdelilah Benkirane. Seit der Wahl 2011 ist sie die stärkste Partei. Sie gilt als gemäßigt islamistisch.
PI	60	52	Die Partei der Unabhängigkeit (Istiqlal oder PI) ist die älteste Partei Marokkos. Am 10. Dezember 1943 gegründet, waren ihre Hauptziele für die Zeit nach dem französischen Protektorat die Unabhängigkeit Marokkos und die Wiederherstellung der Monarchie. Die Partei gilt als konservativ und nationalistisch. Abbas el Fassi ist seit 1994 Generalsekretär. Er war von 2007 bis 2011 Premierminister.
RNI	52	39	Die Rassemblement National des Indépendants (RNI) wurde 1978 gegründet und galt stets als Partei von Technokraten. Seit Ende der 1990er Jahre präsentiert sie sich als gemäßigt konservativ. Wirtschaftspolitisch ist sie eher liberal. Seit 2010 ist Salaheddine Mezouar ihr Generalsekretär. Von 2007 bis 2011 war er Finanzminister. Im Vorfeld der Wahlen 2011 gründete sie mit sieben unterschiedlichen Parteien eine Allianz, die sog. G8.

Große Parteien	Sitze 2011	Sitze 2007	Kurzbeschreibung
PAM	47	0	Die Authentizitäts- und Modernitätspartei (PAM) wurde 2008 vom damaligen Staatssekretär Fouad el Himma gegründet, der auch bis zur aktuellen Regierungsbildung ihr Generalsekretär war. Sie wird oft als Partei des Königs bezeichnet, da ihr explizites Ziel lautet, die Macht König Mohammed VI. zu stärken. Aus der Sicht vieler Beobachter wurde sie auch gegründet, um die PJD einzudämmen. Im Vorfeld der Wahlen 2011 initiierte die PAM die Gründung der Allianz für Demokratie.
USFP	39	38	Nach der Spaltung der Union Nationale des Forces Populaires (UNFP) – die sich 1959 von der Istiqlal getrennt hatte – wurde 1975 deren Kern in Union Socialiste des Forces Populaires (USPF) umbenannt. 2002 erhielt die Partei 52 Sitze und wurde zur stärksten Partei Marokkos. Seit 2007 sind ihre Wahlergebnisse eher rückläufig. Die Partei gilt als linksorientiert, vor allem was die Themen soziale Gerechtigkeit und Diskriminierung betrifft. Seit 2008 ist Abdelwahed Radi (damaliger Justizminister) ihr Generalsekretär.
MP	32	41	Die Mouvement Populaire (MP) wurde 1958, also unmittelbar nach der Unabhängigkeit Marokkos, gegründet und setzt sich insbesondere für die Anliegen der Berber ein. Was wirtschaftspolitische Fragen betrifft, ist die Partei liberal orientiert; im gesellschaftlichen Bereich gilt sie eher als konservativ. Ihr Generalsekretär ist seit 1994 Mohand Laenser, der nunmehr das Innenministerium übernommen hat.
UC	23	27	Die Union Constitutionnelle (UC) wurde 1983 von dem damaligen Premierminister Maâti Bouabid gegründet und gehört zur Gruppe der liberalen Parteien der rechten Mitte. Ihr besonderes Anliegen ist die Schaffung einer zeitgemäßen, konstitutionellen Monarchie. Mohamed Abied ist derzeit ihr Generalsekretär.
PPS	18	17	Die Parti du Progrès et du Socialisme (PPS) ist seit 1974 die Nachfolgepartei der Parti de la Libération et du Socialisme, die ihrerseits 1969 aus der Parti Communiste Marocain hervorging. Seit den 1990er Jahren versucht sie, sich von diesem kommunistischen Erbe zu lösen. Ihr Generalsekretär ist Mohamed Nabil Benabdallah, der neue Minister für Wohnungswesen.
Andere	17 ¹		
Gesamt	395		

Quelle: Zahlen vgl. *L'Economist*, 28.11.2011, 1-5.

Auf der einen Seite hatte die PJD ihren Wahlkampf nicht primär mit religiösen, „islamistischen“ Inhalten geführt, sondern mit konkreten Forderungen und Ankündigungen einer Sozial-, Wirtschafts- und Innenpolitik, die allesamt an den

1 | Die restlichen 17 Sitze verteilen sich auf zehn weitere Parteien.

Grundwerten sozialer Gerechtigkeit gemessen wurden. Auf der anderen Seite unterschied sie sich von allen politischen Gegnern durch ihren offenen, bürgernahen Politikstil, durch den sie es zu vermeiden vermochte, in den Sog der in Marokko sehr verbreiteten Politikverdrossenheit zu geraten. Stattdessen konnte sie diesen Trend sogar zu ihren Gunsten umdrehen. Vor dem Hintergrund der immer noch sehr geringen Wahlbeteiligung war der Stimmenanteil der PJD in absoluten Zahlen gemessen sicherlich weder spektakulär noch Ausdruck einer Islamisierung des Landes. Er war Ausdruck des Protests gegen ein vielfach diskreditiertes Parteiensystem, des notwendigen Kredits für einen parlamentarischen Neuanfang und der Option eines auch in der Arabischen Welt möglichen friedlichen Reformprozesses von oben. Selbst der berühmteste lebende Literat Marokkos, Tahar Ben Jelloun, der sich seit Jahrzehnten sehr kritisch mit dem Islam auseinandergesetzt hat, wird mit dem Satz zitiert: „Wenn die PJD es schafft, die Korruption zu bekämpfen, werde ich Islamist.“²

Selbst der berühmteste lebende Literat Marokkos, Tahar Ben Jelloun, wird mit dem Satz zitiert: „Wenn die PJD es schafft, die Korruption zu bekämpfen, werde ich Islamist.“

DAS LANGE WARTEN AUF DIE REGIERUNGSBILDUNG

Fast sechs Wochen hatten die Koalitionsverhandlungen und die Kabinettsbildung gedauert, bevor am 3. Januar 2012 ihr Abschluss bekannt gegeben werden konnte. Das Ergebnis bildete die erste, demokratisch gewählte Regierung auf der Grundlage der neuen Verfassung. Zugleich handelte es sich um die erste marokkanische Regierung nicht nur unter Beteiligung der PJD, sondern sogar unmittelbar unter deren Führung. In der neuen Verfassung hat sich der König verpflichtet, den Vertreter derjenigen Partei mit der Regierungsbildung zu beauftragen, die in demokratischen Wahlen die meisten Sitze errungen hat. Dies war eindeutig die PJD, und ihr Spitzenkandidat heißt Abdelilah Benkirane. Er ist gelernter Ingenieur und entstammt einer Familie, die eng mit der Parti Istiqlal verbunden war.

Die beiden Fragen, deren Beantwortung so viel Zeit in Anspruch genommen hat, waren zum einen die nach den Koalitionspartnern für eine Regierung unter Leitung Benkiranes, zum anderen die nach den Erwartungen, Reaktionen

2 | „Si le PJD arrive à lutter contre la corruption, je deviendrai islamiste.“, *France Inter*, 30.11.2011.

Die PAM, deren raison d'être der Widerstand gegen den wachsenden Einfluss der Islamisten war, war die einzige Partei, der Benkirane keine Koalitions-gespräche anbot.

und Vorbehalten des Königshofs. Sechs Wochen lang wurde über mögliche Koalitionskompromisse und die in Frage kommenden Kandidaten für die Ministerämter verhandelt. Die Liste der potenziellen Koalitionspartner war begrenzt. Die PAM, deren *raison d'être* seit ihrer Gründung 2008 der Widerstand gegen den wachsenden Einfluss der Islamisten war, kam von vornherein nicht in Frage. Sie war die einzige Partei, der Benkirane erst gar keine Koalitionsgespräche anbot. Auch die USFP signalisierte sehr früh Ablehnung, wenn auch weniger aus ideologischen Skrupeln als vielmehr wegen ihrer internen Erosion. Darüber hinaus kamen fast alle größeren Parteien als Koalitionspartner in Frage; die zehn kleineren Parteien hätten selbst en bloc als Mehrheitsbeschaffer kaum weitergeholfen.

Im Laufe der Wochen schienen dann immer mehr Koalitionen vorstellbar. Bereits im Wahlkampf hatte es zwei Bündnisse gegeben, von denen sich das Jahrzehnte alte Wahlbündnis Koutla relativ gut behauptet hatte. An dessen Spitze stand die traditionelle Unabhängigkeitspartei Istiqlal, die die Zahl ihrer Sitze noch von 52 auf 60 verbessern konnte, sowie die Union Socialiste des Forces Populaires und die Parti du Progrès et du Socialisme. Dieses Bündnis hatte sich nicht erst nach der Wahl als möglicher Koalitionspartner angeboten, es wurde auch von der PJD unmittelbar als solcher angesprochen. Als eindeutiger Wahlverlierer erschien demgegenüber ein anderes Bündnis, das sich aus acht meist kleineren Parteien zusammensetzt und sich G8 nennt. Im Grunde hatte dieses kurzlebige Wahlbündnis, aus dem mehrere kleinere Parteien ohnehin nicht mehr im Parlament vertreten waren, im Augenblick des Wahlsiegs der PJD – weit mehr als das Koutla-Bündnis – seine Existenzberechtigung verloren und stand vor seiner Auflösung. Aus der Gruppe der G8 hatte lediglich der Mouvement Populaire (MP), der ein Viertel seiner Sitze verloren hat, sehr früh seine Bereitschaft signalisiert, mit der PJD zu koalieren. Ferner gehörten zur G8 der Rassemblement National des Indépendants (RNI) und die Parti Authenticité et Modernité (PAM). Der RNI hatte bisher mit Salaheddine Mezouar den Wirtschaftsminister gestellt, während die treibende Kraft hinter der PAM Fuad Ali Himma war, ein Jugendfreund des Monarchen und

einer der schärfsten Kritiker der PJD. Ende Dezember 2011 verließ er die Partei, um als Berater des Königs an den Hof zu gehen.

Es waren keineswegs die ersten Koalitionsverhandlungen in der parlamentarischen Geschichte Marokkos, die weder durch politische Nähe noch politische Distanz zum Abschluss gebracht wurden, sondern durch Zeitdruck und Kompromissbereitschaft. Von Anfang an trat die Istiqlal, die das Erbe der marokkanischen Unabhängigkeit symbolisiert, nicht nur als erster Ansprechpartner auf, sondern wohl auch als regulärer Gesprächspartner bei den Verhandlungen. An deren Ende stand eine Koalition aus PJD, Istiqlal, MP und PPS. Bei der gleichzeitig zu entscheidenden Besetzung der Ministerämter scheint die PJD zu den meisten Kompromissen gezwungen gewesen zu sein, während die PPS, die mit 18 Sitzen im Parlament immerhin vier Minister stellen kann, nun am Schluss proportional den größten Gewinn davontrug.

Dennoch enthält die neue Kabinettsliste eine Reihe vielversprechender Namen. Mehrere Minister gelten geradezu als symbolträchtig. Ganz besonders trifft dies auf Mustapha Ramid zu, den neuen Minister für „Justice et les Libertés“. Während der Koalitionsver-

Mustapha Ramid, Minister für „Justice et les Libertés“, ist eine der durchsetzungsstärksten Persönlichkeiten in der PJD und einer der vehementesten Kritiker des monarchischen Einflusses auf die Politik.

handlungen soll sein Name zeitweise der einzige auf der Liste der PJD gewesen sein, auf den Benkirane bestanden habe. Ramid ist eine der durchsetzungsstärksten Persönlichkeiten innerhalb der PJD und als einer der vehementesten Kritiker des monarchischen Einflusses auf die Politik bekannt. Er verbindet juristischen Sachverstand mit breiter politischer Erfahrung und anerkannter moralischer Integrität. Für viele in der PJD ist er das Sinnbild ihrer eigenen Ideale. Ähnliches gilt für Saâd-Eddine Al Othmani, ursprünglich von Beruf Psychiater und bis Juli 2008 Vorgänger von Benkirane als Generalsekretär der PJD. Er ist seit Jahren als ideologischer Kopf und pragmatischer Konstrukteur der PJD in Erscheinung getreten und wirkt jetzt als neuer Außenminister. Insbesondere nach dem Terroranschlag in Marrakesch am 16. Mai 2011 hatte die Partei es ihm zu verdanken, dass dadurch kein negatives Licht auf die PJD fiel.

Aber auch in den Reihen der Koalitionspartner finden sich namhafte Persönlichkeiten, wie zum Beispiel der neue Innenminister, Mohand Laenser (MP). Er gilt als politisch versierter Technokrat und zugleich als erfahrener, demokratisch gesinnter „Vollblutpolitiker“. Darüber hinaus ist er der führende Kopf der populären Berberbewegung, deren Repräsentativität für Marokko zwar von den bisherigen Regierungen nur wenig beachtet wurde, die aber mit der neuen Verfassung eine deutliche Aufwertung erfahren hat. Demgegenüber verkörpert Nizar Baraka (Parti Istiqlal), der neue Finanzminister, eine stärkere Öffnung nach außen und Verständnis für die Herausforderungen der Globalisierung. Zwar zählt er zu den jüngsten Ministern im Kabinett, aber aufgrund seiner internationalen Kontakte und seines ökonomischen Sachverstandes tritt er dafür ein, die Gesetzmäßigkeiten der Globalisierung einem größeren Kreis der politischen Öffentlichkeit des Landes ins Bewusstsein zu rufen als dies in der Vergangenheit der Fall war. Beide werden als Gewinn für die Koalition eingestuft.

Der neue Finanzminister Nizar Baraka tritt dafür ein, die Gesetzmäßigkeiten der Globalisierung einem größeren Kreis der politischen Öffentlichkeit des Landes ins Bewusstsein zu rufen.

In einem Punkt jedoch hat Benkirane vom Tag der Kabinettsbildung an und bis heute nur Kritik und Unverständnis erfahren, und zwar in Bezug auf den Frauenanteil. Ausgerechnet er beruft als einzige Frau lediglich Bassima Hakkaoui (PJD) als „Ministre de la solidarité, de la femme et de la famille et du développement social“ ins Kabinett. Dass Hakkaoui zudem wegen ihrer selbst innerhalb der PJD als *tonitruante* (donnernd) eingeschätzten Äußerungen umstritten war, trug zusätzlich zum allgemeinen Unverständnis bei. Da es im Wahlkampf zu Benkiranes Markenzeichen gehört hatte, stets darauf zu achten, welche Botschaften durch Erscheinungsbilder vermittelt werden, wurde es unisono als „schockierend“ bewertet, als auf dem offiziellen Foto mit dem König und seinem Thronfolger, das noch am Abend des 3. Januar aufgenommen wurde, unter den 35 Köpfen nur ganz schwach, weil überwiegend verdeckt, ein einziger weiblicher auftauchte. Gerade Marokko genießt in puncto Gleichstellung innerhalb der Arabischen Welt seit Langem eine Art Vorbildfunktion. In der Vorgängerregierung gab es sieben Ministerinnen und in den beiden Legislaturperioden davor war dieser Anteil ähnlich. Alle vier aktuellen Regierungsparteien hätten aus ihren Reihen exzellente weibliche Mitglieder nominieren

können, die sich allesamt im Wahlkampf viel Anerkennung erworben haben.

STÄRKEN UND SCHWÄCHEN PJD

Nicht erst in ihrem Wahlkampf 2011 und dem anschließenden königlichen Auftrag zur Regierungsbildung hat die PJD einen raschen Anpassungsprozess an den politischen Alltag in Marokko vollzogen. Bereits zuvor hat sie Entwicklungsstufen übersprungen, die andere islamistische Parteien, zum Beispiel in Tunesien oder Ägypten, sehr viel intensiver und in kürzerer Zeit zu durchlaufen hatten. Während sich der dogmatisch-religiöse Diskurs auch innerhalb der PJD in den ersten Jahren nach ihrer Gründung 1995 noch mit Alkoholverboten, der Geschlechtertrennung an Badestränden, der kategorischen Ausgrenzung homosexueller Künstler oder gar der Forderung nach einem Scharia-konformen Abhacken der Hände von Dieben beschäftigte, ist von all dem schon lange keine Rede mehr. Parallel zum Bedeutungsverlust dieser Themen war ein steter Anstieg der Stimmenanteile zu verzeichnen. Hatte die PJD nach ihrem ersten Wahlkampf 1997 lediglich neun Sitze errungen, waren es 2002 bereits 42 und fünf Jahre später 46. Vor dem Hintergrund immer wieder kursierender Behauptungen, denen zufolge in früheren Jahren Wahlergebnisse auch zum Nachteil der PJD manipuliert worden sein sollen, kann für diese Wahl davon ausgegangen werden, dass die erhöhte Transparenz zum Erfolg der Partei beigetragen hat.

Im Unterschied zu islamistischen Parteien in anderen arabischen Ländern war die PJD nie verboten oder gar im Exil. Sie tritt seit Jahren öffentlich auf und unterliegt einer entsprechenden Beobachtung. Im jüngsten

Im jüngsten Wahlkampf haben die Kandidaten der PJD immer wieder erklärt, dass Fragen der Bekleidung, des Essens und Trinkens jeder Einzelne für sich selber entscheiden müsse.

Wahlkampf haben ihre Kandidaten immer wieder erklärt, dass Fragen der Bekleidung, des Essens und Trinkens jeder Einzelne für sich selber entscheiden müsse. Auch die Rechte der Frauen sind in Marokko relativ solide verankert. Nicht zuletzt die PJD selbst hat mit 18 Abgeordneten die höchste Frauenquote im Parlament. Unter dem Schirm der neuen Verfassung sind zudem zahlreiche Menschen- und Freiheitsrechte sowie weitgehende Rechenschaftspflichten garantiert. Aktuelle Umfragen zufolge sind bis zu 80 Prozent

der Bevölkerung deshalb bereit, Benkirane einen Vertrauensvorschuss zuzugestehen, zumal das Misstrauen gegenüber der etablierten Politik auch in Marokko sehr groß ist. Gemessen daran gelten Benkiranes Chancen, in der jetzigen Legislaturperiode einiges „besser“ zu machen, als sehr groß.

Aber auch auf der politischen Bühne bekommt Benkirane erstaunlich viel Kredit. Er ist als kluger Strategie und pragmatischer Taktiker bekannt. Seinen Aufstieg zum Premierminister hat er jedoch nicht allein seiner berüchtigten „Bauernschläue“ zu verdanken. Indem sich seine Partei inzwischen offen und direkt am Vorbild der türkischen AKP orientiert, hat sie unmittelbar an Pragmatismus, Weltläufigkeit und vielleicht sogar „Säkularität“ gewonnen. Sie präsentiert sich heute als eine konservative, religiös moderate Partei, die frühere rigoristische Diskurse weit hinter sich gelassen hat und für viele pragmatische Lösungen offen ist. Ohnehin wären die Möglichkeiten der PJD, gewissermaßen islamistisch „rückfällig“ zu werden, sowohl institutionell als auch vor dem Hintergrund einer sehr aufmerksamen Öffentlichkeit äußerst gering.

Die Möglichkeiten der PJD, islamistisch „rückfällig“ zu werden, wären sowohl institutionell als auch vor dem Hintergrund einer sehr aufmerksamen Öffentlichkeit äußerst gering.

Dennoch wird sich das Verhältnis der PJD zu ihrer „islamistischen“ Herkunft nicht nur pragmatisch regeln lassen. Weder repräsentiert sie allein das Spektrum dessen, was in Marokko als „islamistisch“ auftritt, noch kann sie sich beliebig von dieser „Verwandtschaft“ lösen. Ebenso wie in anderen arabischen Ländern ist die Entwicklung des Islamismus in den vergangenen Jahrzehnten in Marokko keineswegs homogen verlaufen. Selbst die Hauptströmungen lassen sich nicht klar voneinander trennen; Überschneidungen und Grauzonen sind fließend. Eine politisch einflussreiche Rolle spielt dabei vor allem die Bewegung für Gerechtigkeit und Wohlfahrt (Al Adl wal Ihsane). Diese meist kurz Al Adl genannte Gruppierung, die nicht als Partei anerkannt ist, agiert – seit sie sich von ihrem radikalen, jihadistischen Flügel getrennt hat – gewaltfrei und bemüht sich konsequent um eine basisdemokratische Willensbildung. Was ihren Einfluss in der Bevölkerung und ihr Mobilisierungspotenzial betrifft, steht sie keineswegs hinter der PJD zurück. Sie wird bis heute stark geprägt von dem *spritus rector* der islamistischen Bewegung

in Marokko, dem bereits 83-jährigen Scheich Abdeslam Yassine, der auch für viele Repräsentanten in den Reihen der PJD eine geistige Vaterschaft beanspruchen darf.³

Es kann daher nicht ignoriert werden, dass die Al Adl wenige Tage nach dem Abschluss der Regierungsbildung in einem offenen Brief heftige Vorwürfe gegen die PJD erhob. Sie warf dem Wahlsieger insbesondere eine unverantwortliche Kompromissbereitschaft vor. Die „Brüder“ in der PJD hätten sich zum einen auf eine Regierungsbildung eingelassen, die mit dem gemeinsamen islamischen Anliegen nicht vereinbar sei. Zum anderen hätten sie sich zum „Spielball“ des *Makhzen*, des Königshofs, gemacht und sich damit einer demokratisch nicht legitimierte Institution unterworfen, die zudem verhindere, dass die „Kraft des Arabischen Frühlings“ sich auch in Marokko entfalten könne.⁴ In diesem Zusammenhang ist erstens wichtig, dass sich die Al Adl Ende Dezember 2011 von der einflussreichen und weit verbreiteten Protestbewegung Mouvement 20 Février (M20) losgesagt hat, in der sie etwa ein halbes Jahr lang eine dominierende Rolle gespielt hatte. Etwas weiter zurückgreifend, ist zweitens daran zu erinnern, dass öffentliche Briefe für die Formierung des politischen Islamismus in Marokko in den vergangenen Jahrzehnten zwar selten, aber nie unbedeutend waren. Dieser Brief könnte als ein Zeichen dafür gewertet werden, dass es innerhalb der PJD Tendenzen gibt, die keineswegs so royalistisch und pragmatisch ausgerichtet sind wie Benkirane.

Al Adl warf der PJD vor, sich zum „Spielball“ des Makhzen, des Königshofs, gemacht und sich damit einer demokratisch nicht legitimierten Institution unterworfen zu haben.

Die neue Regierung konnte ihre Arbeit mit einem sehr großen Anspruch auf Legitimität aufnehmen. Die PJD wurde keineswegs nur von „Islamisten“ gewählt, sondern auch von vielen Protestwählern, die der Korruption und des Nepotismus überdrüssig waren. Der Kredit, mit dem die Regierung Benkirane ihre Arbeit aufnehmen konnte, resultiert nicht zuletzt auch aus dem Kreditverlust vieler anderer Parteien und steht deshalb unter umso genauerer Beobachtung. Positiv formuliert, basiert die Legitimität dieser Regierung jedoch in erster Linie darauf, dass sie aus freien,

3 | Vgl. hierzu jetzt: Youssef Belal, *Le Cheikh et le Calife. Sociologie religieuse de l'Islam politique au Maroc*, Lyon, 2011.

4 | *Telquel*, 21.01.2012.

demokratischen Wahlen hervorgegangen ist, und zwar auf der Grundlage einer neuen Verfassung, die zugleich die Existenz- und Arbeitsbedingungen der Opposition genauso stärkt wie die der Regierung. Auch deshalb hat die anfängliche Unterstellung, der marokkanischen Gesellschaft drohe eine Islamisierung, inzwischen an Glaubwürdigkeit verloren.

POLITISCHER NEUBEGINN?

Welches sind die größten Herausforderungen und Handlungsperspektiven der neuen Regierung? In seiner ersten

regulären Kabinettsitzung am 5. Januar skiz-

zierte Benkirane seine Sicht der Prioritäten.

Als eine Art Leitmotiv bezeichnete er den

Dienst am Bürger. Ein Ministeramt – so gab

er seinem Kabinettsamt als erstes mit auf den

Weg – diene nicht der persönlichen Bereiche-

rung. Über die Regierungsarbeit werde er die Bevölkerung

regelmäßig auf dem Laufenden halten. Außer dem Kampf

gegen die Korruption, der mithilfe einer Charta auf nation-

aler Ebene geführt werden müsse, gehe es vor allem um

die vier Sektoren: Bildung, Gesundheit, Beschäftigung

und Wohnungswesen. In diesen Sektoren habe nicht erst

die Vorgängerregierung große Defizite hinterlassen. Eine

Grundschulbildung müsse ebenso landesweit gesichert

sein wie eine medizinische Grundversorgung. Die Arbeits-

losigkeit solle in den kommenden fünf Jahren von derzeit

durchschnittlich 16,7 Prozent auf unter zehn Prozent

gesenkt werden.⁵

Die Schlüsselbereiche der Regierungsarbeit bilden somit

die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das sehr populäre und im

Wahlkampf viel diskutierte Versprechen aus dem Partei-

programm der PJD, den garantierten Mindestlohn auf monatlich

3.000 Dirham (ca. 273 Euro) anzuheben, soll vorerst

nicht auf Kabinettssebene, sondern in den Verbänden be-

handelt werden. Immerhin ist Marokko bereits jetzt das

Land mit dem höchsten garantierten Mindestlohn in Afrika.

Seit 2009 lag der Smig (Salaire minimum interprofessionnel

garanti) bei 2.110 Dirham pro Monat (ca. 192 Euro) bzw.

10,64 Dirham (97 Cent) pro Stunde. Im Juli 2011 wurde er

um zehn Prozent angehoben und für 2012 ist bereits eine

Als eine Art Leitmotiv bezeichnete Benkirane den Dienst am Bürger. Ein Ministeramt – so gab er seinem Kabinettsamt als erstes mit auf den Weg – diene nicht der persönlichen Bereicherung.

5 | *L'Economist*, 06.01.2012, 1-5.

Anhebung um weitere fünf Prozent vorgesehen. Dass die Realität außerhalb der Metropolen diesem Anspruch vielfach nicht gerecht wird, ist kein Geheimnis.

Auf der einen Seite sind die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung Marokkos relativ gut. Die marokkanische Planungskommission rechnet mit einem Anstieg des Wirtschaftswachstums von 4,1 Prozent im Jahr 2011 auf 4,2 bis 4,9 Prozent im laufenden Jahr. Der Internationale Währungsfonds prognostiziert in demselben Zeitraum einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von ca. 4,5 Prozent auf bis zu sechs Prozent.⁶ Auf der anderen Seite sind die sozialen Versprechungen, mit denen die neue Regierung angetreten ist, immens. Schwer abzuschätzen bleibt ferner, inwiefern die internationale Finanzkrise in der Euro-Zone sich auf Marokko auswirken wird. Bisher zählen der Agrarsektor, der Tourismus und die Textilindustrie zu den wichtigsten Einnahmequellen, doch deren Zukunft ist keineswegs gesichert. Und die Investitionen in die Weiterentwicklung von Solarenergie und anderen modernen Technologien haben bisher noch nicht den erwünschten Erfolg gebracht.

Gerade in wirtschaftlichen Fragen urteilt Benkirane undogmatisch. Ökonomischen Sachverstand akzeptiert er auch von außerhalb der eigenen Reihen. In keinem anderen Bereich wird deutlicher als hier, dass die PJD im politischen Alltag angekommen ist. Seine erste Auslandsreise nach der Regierungsbildung führte Benkirane zum World Economic Forum nach Davos. Bereits wenige Wochen nach der Regierungsbildung ist erkennbar, dass das Klima des Wahlkampfes, die demonstrative Bürgernähe und die Mobilisierung von Zustimmung ihre Bedeutung verloren haben. Stattdessen geht es darum, konkrete Maßnahmen zu beschließen, um Versprechungen in Politik umzusetzen.

Wenige Wochen nach der Regierungsbildung ist erkennbar, dass die Bürgernähe und die Mobilisierung von Zustimmung ihre Bedeutung verloren haben. Stattdessen geht es darum, konkrete Maßnahmen zu beschließen.

Zwar hat Benkirane die Ziele benannt, aber noch keine „Fahrpläne“ vorgelegt. Es ist zum Beispiel ein Rätsel, wie er die Jugendarbeitslosigkeit, die faktisch über 30 Prozent liegt, auf die angekündigten zehn Prozent senken will. Auch die neue Verfassung verlangt jetzt nach einer weiteren

Ausgestaltung. Dazu bedarf es in vielen Bereichen einer Reform des Rechtsstaats, für die noch keine Konzepte der Regierung bekannt sind. Zu nennen sind hier vor allem die Unabhängigkeit der Justiz, die weitere Dezentralisierung politischer Zuständigkeiten, die Gleichstellung der Berberbevölkerung und die konkreten Schritte zur Eindämmung der Korruption. Es gibt jedoch auch zahlreiche Einzelforderungen wie beispielsweise die Abschaffung der Todesstrafe. Darüber hinaus fallen die Aussagen zu außenpolitischen Fragen noch sehr bescheiden aus. Welche Chancen bietet die teilweise Öffnung der Grenze zu Algerien? Soll es neue Initiativen geben im Hinblick auf eine gemeinsame Politik der Staaten des Maghreb? In all diesen Punkten wartet die politische Öffentlichkeit auf inhaltliche Vorgaben.

Repräsentiert wird diese politisch interessierte Öffentlichkeit nicht zuletzt durch die populäre Protestbewegung M20.⁷ Sie bildet gewissermaßen die marokkanische Komponente des Arabischen Frühlings und hat durch ihre Forderungen nach einer umfassenden parlamentarischen Demokratie

Bisher hat die PJD fast immer gewaltfrei agiert. Auch die Sicherheitskräfte haben bei den zahlreichen Protestkundgebungen in der Regel Eskalationen vermieden.

und einer entschlossenen Bekämpfung der Korruption indirekt eine Menge zum Wahlsieg der PJD beigetragen. Bisher hat sie fast immer gewaltfrei agiert, und auch die Sicherheitskräfte haben bei den zahlreichen Protestkundgebungen in der Regel Eskalationen vermieden. Ob dies so bleibt, dafür gibt es keine Garantie, denn nach wie vor verfügt die M20 über ein großes Mobilisierungspotenzial, das im Zweifelsfall nur schwer steuerbar sein wird. Zudem haben sich mit der Regierungsbildung die Erwartungen geändert. Sollten konkrete Verbesserungen ausbleiben, lassen sich auch neue Proteste und eventuell Ausschreitungen nicht ausschließen.

Darüber hinaus muss sich die neue Regierung im Hinblick auf ihre Handlungsmöglichkeiten jedoch auch mit einem strukturellen Problem auseinandersetzen, das ihre Vorgängerregierungen in dieser Form nicht hatten. Die Erfolgsaussichten werden in einem hohen Maße von dem Spannungsverhältnis zwischen dem Königshof und der Entwicklung des Islamismus geprägt bleiben. Vor diesem Hintergrund

7 | Vgl. L'an 1 de la cyber democratie au Maroc. 20 février 2011, préface par Mohamed Sassi, Editions Hammouch, Casablanca, 02/2012.

wirkte das oft zitierte Bekenntnis Benkiranes während des Wahlkampfs, „L'état c'est le Roi“, eher amüsierend als überzeugend. Dieses Bekenntnis zur Krone ist an einen König gerichtet, der dem Islamismus immer kritisch bis abgeneigt gegenüberstand. Insofern beschreibt die Polarisierung von modernem König versus konservativer Regierung, von der zuweilen die Rede ist, einen durchaus realen Gegensatz. Jedoch ist dieser sicherlich nicht so unversöhnlich wie er von außen scheinen mag, denn beide Seiten scheinen in dem Einvernehmen, friedliche und letztlich demokratische Lösungen finden zu wollen, gar nicht so weit voneinander entfernt.

Dies spiegelt sich auch darin wider, dass die Reaktionen des Königshofs auf die neue Regierungsbildung als strukturiert, differenziert und langfristig angelegt bezeichnet werden können. Es war keineswegs nur Fuad

Bereits im Sommer hatte der König damit begonnen, den Kreis seiner persönlichen Berater zu stärken und neu zu gestalten.

Ali Himma, der als *conseiller* an den Hof ging. Bereits im Sommer hatte der König damit begonnen, den Kreis seiner persönlichen Berater zu stärken und neu zu gestalten. Auch Omar Azziman, der frühere Justizminister, und Taieb Fassi-Fihri, von 2007 bis 2011 marokkanischer Außenminister, sind diesen Weg gegangen. Insgesamt hat sich damit der Umfang dieses Beratergremiums fast verdoppelt. Inzwischen kann es als das politisch höchstrangige und homogenste in der demokratischen Geschichte Marokkos angesehen werden. Für die Regierung bedeutet dies freilich, dass die stärkste Opposition nicht im Parlament sitzt, sondern am Hof.

Ein zweiter Schritt waren die zahlreichen Ernennungen der vom König selbst ausgewählten *Ministres délégués*, deren Namen überwiegend erst bei der Vorstellung des neuen Kabinetts am 3. Januar bekannt wurden. Diese von ihm delegierten, also persönlich beauftragten Minister finden sich – zusätzlich zu den von der Regierung ausgewählten Ministern – vor allem in den Schlüsselressorts Außen, Innen, Wirtschaft und Verteidigung. Dadurch erhöhte sich die Gesamtzahl der Kabinettsmitglieder auf 35. Diese hypertrophe Exekutive erinnert an das englische *shadow cabinet* – wenn auch mit dem Unterschied, dass es nicht, wie in Großbritannien, Teil der Opposition ist, sondern mit am Kabinetttisch sitzt und eigene Aufgaben wahrnimmt.

Ohne Zweifel sind sowohl die Beliebtheit von König Mohammed VI. als auch seine faktische Legitimität nach wie vor sehr groß. Die Forderung von Teilen der M20 nach einer Reduktion der konstitutionellen Monarchie auf einen Symbolwert findet in der Bevölkerung keine Mehrheit. Forderungen nach einer republikanischen Regierungsform tauchen nur selten auf. Der König wird seine Verantwortung jedoch ab 2012 gemeinsam mit einem erstarkten und voraussichtlich auch demokratisch zunehmend handlungsfähigen Parlament ausüben müssen.

Vor diesem Hintergrund können die Wahlen für die erste Kammer des marokkanischen Parlaments als Erfolg für die Demokratisierung des Landes und seine rechtsstaatliche Verfasstheit bewertet werden. Diese Entwicklung kann durch die für 2012 anstehenden Wahlen zur Neubesetzung der Zweiten Kammer noch weiter gestärkt werden. Vieles spricht dafür, dass sie sich als ein Schritt zu neuer Stabilität erweisen wird sowie zu einer Legitimität, die nicht durch eine Revolution erzwungen, sondern durch Reformen erreicht werden konnte. Diese geht mit einem Gewinn an Transparenz und neuen Möglichkeiten der Partizipation einher. Korruption wird in Zukunft noch genauer beobachtet und Parteien werden konsequenter zur Rechenschaft gezogen werden.

Dieser Wandel, der durch die Initiativen des Königs im Verlauf des Jahres 2011 möglich wurde, wird von der Mehrheit der politischen Kräfte des Landes ebenso mitgetragen wie von der Mehrheit der Bevölkerung. Für Marokko bedeutet dies gewissermaßen eine doppelte politische Stärkung sowohl der monarchischen als auch der demokratischen Legitimität. Für die gesamte Region Nordafrikas und des Nahen Ostens zeigt die Entwicklung in Marokko, dass es unterschiedliche Wege in eine demokratische Zukunft gibt. Um zu einem Sonderweg mit Vorbildfunktion zu werden, verdient Marokko die erforderliche internationale Unterstützung.